

Dazu kann ich keine abschliessende Antwort geben. Soweit ich weiss, sind sich selbst Experten noch nicht einig, was im Herbst auf uns zukommen könnte. Wichtig ist, dass sich die Regierung auf die verschiedenen Szenarien vorbereitet.

Das Thema Corona wird die Liechtensteiner Wirtschaft somit auch in den kommenden Monaten, wenn nicht sogar Jahren beschäftigen.

Ich denke schon. Vor allem weil unsere Wirtschaft so global vernetzt ist. Ein grosses Problem stellen derzeit auch die gestörten Lieferketten dar. Dass diese baldmöglichst wieder reibungslos funktionieren, ist für eine weltweit tätige Wirtschaft aber entscheidend. Wenn China in Shanghai Häfen schliesst, dann hat dies Auswirkungen bis nach Liechtenstein. Das führt uns auch vor Augen, wie abhängig unsere Wirtschaft von Entscheidungen im Ausland ist. Aber auch der Tourismus und die Gastronomie leiden nach wie vor unter den Auswirkungen der Pandemie. Es fehlen weiterhin viele Geschäftsreisende, aber auch Touristen aus dem asiatischen Raum.

Sind deswegen für die Tourismus- und Gastronomiebranche noch weitere Unterstützungsmassnahmen geplant?

Nein, derzeit ist nichts in dieser Art in Planung. Die Wirtschaftshilfen werden mit Ende Juni auslaufen – auch weil wir sehen, dass die Anträge dafür seit längerem schon rückläufig sind. Es ist auch wichtig, dass diese Unterstützungsmassnahmen irgendwann ein Ende haben.

Wenn die Unterstützungsmassnahmen auslaufen, inwieweit rechnen Sie mit einer verzögerten Konkurswelle?

Bislang haben wir keine Anzeichen dafür. Natürlich können wir nicht ausschliessen, dass der eine oder andere nicht überlebensfähige Betrieb aufgrund der Hilfen einen längeren Atem gehabt hat, aber aktuell gehen wir von einer solchen Welle nicht aus.

Kommen wir nochmals auf die Auswirkungen des Ukraine-Krieges zu sprechen. Mit dessen Ausbruch, den damit einhergehenden Preissteigerungen sowie der Inflation wurde die Erholung der Wirtschaft ausgebremst. Welche Handlungsleitlinien leitet die Regierung daraus ab?

Es ist richtig, dass die Wirtschaft ausgebremst worden ist, kurz nachdem sie gerade wieder in Schwung gekommen war. Aber aktuell sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft noch nicht allzu dramatisch – nichtsdestotrotz werden wir die weitere Entwicklung einer genauen Beobachtung unterziehen. Um die Auswirkungen des Konflikts zu evaluieren, haben wir seitens der Regierung die Arbeitsgruppe «Aktionsplan Energie» eingerichtet. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei auf dem schnelleren Vorantreiben der Energiewende. Denn gerade die im Zuge des Ukraine-Konflikts steigenden Energiepreise haben uns unsere bereits erwähnte hohe Abhängigkeit vom Ausland vor Augen geführt – gerade was die Energieversorgung betrifft. Daher wollen wir so schnell als möglich weg von fossilen Energieträgern.

Wie lauten hierzu die konkreten Pläne?

Jüngst hat die Regierung einen Vernehmlassungsbericht verabschiedet, der neue Gas- und Ölheizungen verbietet. Es ist, so glaube ich, allen klar, dass wir von diesen Heizformen wegkommen müssen. Ebenfalls verfügt Liechtenstein über ein sehr gutes Förderungssystem für den Umstieg auf er-

neuerbare Energieträger. Jedoch müssen wir die Bevölkerung noch verstärkt über diese Fördermöglichkeiten informieren.

Kürzlich haben Sie im «Wirtschaftsregional» gesagt, dass wir in Liechtenstein mittelfristig durchaus mit einer höheren Inflation rechnen müssen. Welche Folgen haben höhere Preise für die Wirtschaft? Und welche für die Menschen im Land?

Im Zuge der Inflation sinkt die Kaufkraft und das Geld ist weniger wert. Das bedeutet, dass das Angesparte auf dem Konto an Wert einbüsst und der Sparer sich in der Folge weniger leisten kann. Der Druck auf die Wirtschaft,

«Die im Zuge des Ukraine-Konflikts steigenden Energiepreise haben uns unsere (...) hohe Abhängigkeit vom Ausland vor Augen geführt – gerade was die Energieversorgung betrifft.»

die Löhne anzuheben, wird höher, und dadurch steigen die Kosten für die Unternehmen. Wir geraten dann in eine Lohn-Preis-Spirale mit negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Aktuelle Prognosen gehen allerdings davon aus, dass die Inflation in der Schweiz und Liechtenstein wesentlich geringer ausfallen wird als in anderen europäischen Ländern.

Eine weitere Folge des Ukraine-Krieges ist der Zustrom hunderter Schutzsuchender aus der Ukraine nach Liechtenstein. Wie geht Liechtenstein mit dieser Situation um?

Auch für unser Land ist das eine sehr grosse Herausforderung. Jedoch haben wir nicht bei null anfangen müssen, sondern haben auf den Erfahrungen früherer Migrationskrisen aufbauen können. Das heisst, dass entsprechende Strukturen und Strategien bereits vorhanden waren. Diese mussten wir lediglich an die neuen Gegebenheiten anpassen, beispielsweise der Tatsache, dass die Schutzsuchen-

den aus der Ukraine vor allem Frauen und Kinder sind. Und so kommt es, dass wir den enormen Flüchtlingsstrom der vergangenen Wochen bislang gut bewältigen konnten.

Kürzlich wurde Kritik an der Unterbringung der Asylsuchenden laut – zu Recht oder zu Unrecht?

Die Kritik, die Sie jetzt ansprechen, zielte vor allem auf die Notunterkünfte ab. Meiner Meinung nach war diese Kritik nicht gerechtfertigt. Denn diese Unterkünfte waren von Anfang an als Übergangslösungen geplant. Mittlerweile konnten wir auch mit der Zumietung des Hotels Meierhof eine langfristige Unterbringungsmöglichkeit finden.

Die Angst vor einer allfälligen atomaren Auseinandersetzung in Europa weckt auch in Liechtenstein Ängste – und ruft Fragen hervor. Etwa danach, ob Liechtenstein im Falle des Eintritts eines solchen Worst-Case-Szenarios gerüstet wäre. Wie lautet Ihre Einschätzung dazu?

Kann man sich auf einen Atomkrieg in Europa beziehungsweise auf einen 3. Weltkrieg vorbereiten? Ich denke, das geht nur in einem beschränkten Ausmass – gerade wenn man als Land kein Militär hat. Ein solches Szenario würde für uns und ganz Europa extreme Probleme mit sich bringen, die wohl jeglicher Vorstellungskraft entbehren.

Zu einem gänzlich anderen Thema: Wie ist es Ihres Erachtens um die Geschlechtergleichstellung in Gehaltsfragen bestellt?

Wir sind noch nicht am Ziel, befinden uns aber auf dem richtigen Weg. So hat sich die Lohnschere und somit die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in den vergangenen Jahren verkleinert. Es gibt schlicht keinen Grund, weshalb Frauen für die gleiche Arbeit weniger verdienen sollten als Männer.

Warum gibt es aber dann immer noch Lohnunterschiede?

Es ist nach wie vor so, dass Frauen öfter in schlechter bezahlten Jobs tätig sind und eine Minderheit in den Führungsetagen sind. Ein weiterer Aspekt sind Erwerbsunterbrüche von Frauen, wenn Kinder geboren werden. Damit entstehen Karrierelücken, die sich im Lohn niederschlagen können. Eine weitere Erklärung könnte darin bestehen, dass Frauen in Bewerbungsgesprächen nach wie vor weniger Lohn verlangen. Hier sind auch die Arbeitgebenden gefordert, Massnahmen zur Lohngleichheit und zur Verbesserung

der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu treffen.

Apropos Vereinbarkeit Familie und Beruf: Am 11. Mai fand im SAL in Schaan eine Veranstaltung zu diesem Thema statt, die danach fragte, welche Perspektiven und Massnahmen für Liechtenstein in diesem Bereich erwirkt werden könnten. Aus Ihrer Sicht: Wie gut lässt sich in Liechtenstein Familie und Beruf unter einen Hut bringen? Letztlich ist es immer eine persönliche Abwägung, wie viel Ressourcen und Zeit man in eine Karriere investieren möchte und wie viel in die Familie. Es ist schwierig, auf diese Frage eine generelle Antwort zu geben. Letztlich

«Die Krise hat gezeigt, dass unsere Unternehmen widerstands- und auch anpassungsfähig sind. Hier war sicherlich auch die hohe Diversifizierung (...) ausschlaggebend.»

muss jedes Elternpaar für sich selbst entscheiden, wie es sein Familienmodell leben will. Der Staat ist dazu da, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass man diese Entscheidung frei treffen kann.

Eine solche Rahmenbedingung könnte die Vorlage zur Einführung einer bezahlten Elternzeit sein, welche die Regierung noch dieses Jahr präsentieren will. Wie wichtig ist Ihnen die Einführung der bezahlten Elternzeit?

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – vor allem während des ersten Lebensjahres des Kindes – verbessern und stärken. So ist dies auch im Regierungsprogramm festgehalten. Unser Ziel ist es, eine bezahlte Elternzeit einzuführen. Für mich als Wirtschaftsministerin ist dabei wichtig, dass die bezahlte Elternzeit auch den Interessen der Wirtschaft Rechnung trägt. Die Lohnnebenkosten für die Unternehmen sollen etwa so gering gehalten werden wie möglich. Denn schlussendlich sind die tiefen

Lohnnebenkosten entscheidend für unsere Standortattraktivität. Wir befinden uns daher in einem Spannungsfeld. Auf der einen Seite sehen wir das Bedürfnis junger Eltern, gerade im ersten Lebensjahr des Kindes mehr Zeit mit der Familie zu verbringen. Das wollen wir mit der bezahlten Elternzeit auch gewährleisten. Auf der anderen Seite sehen wir die potenzielle Belastung gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die sich nicht gut reorganisieren können. Hier suchen wir derzeit eine Lösung, die für alle Seiten passt.

Inwieweit regen sich hier seitens der Unternehmen denn Widerstände gegen die bezahlte Elternzeit?

Gerade seitens kleinerer Unternehmen gibt es Bedenken, wie sie das neue Modell organisatorisch und personell stemmen sollen. Diese Bedenken nehmen wir natürlich ernst und lassen sie auch in die Vorlage einfließen.

Welche Fragen müssen dazu noch konkret beantwortet werden?

Etwa die Frage, in welcher Höhe die Elternzeit vergütet werden soll und wer dies bezahlen soll. Soll es der Steuerzahler sein, der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer? Wir versuchen derzeit eine ausgewogene und auch mehrheitsfähige Lösung zu finden.

Zu Ihren Ressorts gehört auch die Umwelt – wie steht Liechtenstein in Sachen Umweltschutz, erneuerbare Energien und Klimaziele da?

Was die Umsetzung der Energiestrategie 2030 anbelangt, sind wir aktuell gut auf Kurs. Aufgrund von Corona und dem damit zusammenhängenden Rückgang des Verkehrs, haben wir unser CO₂-Reduktionsziel in den beiden vergangenen Jahren gut erfüllen können. Der letzte Bericht des Weltklimarats brachte jedoch sehr alarmierende Aussagen mit sich – hier wäre es mein Wunsch, dass die gesamte Staatengemeinschaft rascher und ambitionierter handelt. Denn wenn wir in diesem Tempo weitermachen, wird es nicht reichen. Es ist daher auch ein Ziel meines Ministeriums, im Rahmen der Klimastrategie die Ziele höher anzusetzen. Diese Strategie beinhaltet konkrete Massnahmen, wie wir den CO₂-Ausstoss noch schneller reduzieren können. Ein wichtiges Element ist dabei das bereits angesprochene Verbot von Öl- und Gasheizungen.

Zu guter Letzt: Sie sind Mutter zweier Söhne. Wie bekommen Sie persönlich Familie und Beruf unter einen Hut?

Mal besser, mal schlechter. (*lacht*) Ich bin in der glücklichen Lage, dass mein Ehemann zu 100 Prozent Hausmann ist und mir so den Rücken freihält. Mit meinem Arbeitspensum wäre es anders auch nicht möglich. Mir ist aber auch bewusst, dass die wenigsten voll berufstätigen Frauen über diesen Luxus verfügen. Nichtsdestotrotz rate ich Frauen und Müttern, sich nicht vom potenziell drohenden schlechten Gewissen erdrücken zu lassen. Das Wichtigste ist wahrscheinlich die Erwartungshaltung an das eigene Muttersein etwas zurückzuschrauben und nicht zu perfektionistisch unterwegs zu sein.

Zur Person:

Sabine Monauni (48) ist seit 2021 als Regierungschef-Stellvertreterin Mitglied der Regierung. Sie steht dem Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt vor. Vor ihrer politischen Karriere war die Juristin ab 2016 Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Belgien. Sabine Monauni ist verheiratet und Mutter von zwei Söhnen.

